

INTERGLOBAL

NIEDERLANDE

Verehrt und verabscheut

Tobias Müller

Der niederländische Politiker Geert Wilders steht wegen Aufruf zum Hass gegen Muslime vor Gericht. Er verkörpert eine Islamdebatte, in der wenig Raum für Nuancen bleibt.

Es erinnerte ein wenig an einen vorgezogenen Karnevalszug, was die Anhänger der niederländischen „Partij voor de Vrijheid“ (PVV) da vergangene Woche an Parolen in die zahlreichen Kameras hielten. „Linke Elite + Islam = Diktatur“ stand auf einem der Plakate zu lesen, „Juristischer Jihad“ auf einem anderen, ein drittes zeigte Justitia, die sich scheinbar zeitgemäß in eine Burka geworfen hatte. Anlass all dieser Kreativität war keinesfalls die bevorstehende Narrensaison, sondern die Eröffnung eines Prozesses, der weit über die Niederlande hinaus für Aufsehen sorgt: Vor dem Richter steht Geert Wilders, Gründer und Galionsfigur besagter PVV und aufgrund seiner expliziten Stellungnahmen zum Islam einer der umstrittensten Politiker Europas. Anstiftung zum Hass gegen Muslime und deren Diskriminierung lautet die Anklage, sowie Beleidigung einer Bevölkerungsgruppe aufgrund ihres Glaubens.

Die Polemik seiner rund 200 Unterstützer mag grotesk anmuten - sie fügt sich jedoch ein in Inhalt und Ton einer Debatte, die sich immer mehr zur inneren Gretchenfrage europäischer Einwanderungsgesellschaften entwickelt: Wie halten wir's mit dem Islam? Geert Wilders ist nicht nur einer ihrer Protagonisten, zuerst in

den Niederlanden, seit seinem Film „Fitna“ (arabisch ‚Zwietracht‘, 2008), der islamistischen Terror und rabiaten Antisemitismus direkt auf den Koran zurückführt, zunehmend auch in West-Europa und den USA. Sein Aufstieg zum Popstar der internationalen Islamkritik ist auch charakteristisch für einen Diskurs, in dem Personalisierung Argumente verdrängt und Symbole die Nuancen in den Schatten stellen. Der Prozess, den Kritiker als Versuch sehen, ihn zum Schweigen zu bringen, ist dessen Zuspitzung.

Wilders' Stellung gründet auf Zitaten wie diesem: „Der Islam will beherrschen, unterwerfen und beabsichtigt die Vernichtung unserer westlichen Kultur.“ Diesen Anspruch leitet er aus dem Koran ab, den er folglich als „faschistisch“ einstuft und gerne mit ‚Mein Kampf‘ gleichsetzt. Als Konsequenz fordert er ein Verbot des „Gebrauchs in Moscheen und Besitzes im häuslichen Kreis“. Ideologisch ordnet Wilders den Islam in der Tradition von Faschismus und Kommunismus ein. Nachdem Europa diese 1945, beziehungsweise 1989 besiegt habe, müsse es nun seine Freiheit gegen die Islamisierung verteidigen. All diese Aussagen sind in der 22-seitigen Anklageschrift enthalten. Entscheidend wird die Frage sein, ob Wilders mit der Beleidigung einer Religion auch deren Anhänger beleidigt. Wie diese subjektive Empfindung objektiv nachweisbar sein wird, steht im Zentrum des Falles - und erhöht seine Brisanz.

In den zahlreichen Diskussionen über den Prozess fällt vor allem eins auf: Wilders' drastische Aussagen produzieren nicht nur Schlagzeilen, sondern heften ihm auch Labels an, die zum Selbstläufer werden. Für linke Medien ist Wilders gerne der ‚Rechtspopulist‘, der seine Motivation schlicht aus Rassismus beziehe. Für jene, die sich schon immer vor Überfremdung fürchteten, ist er das Sprachrohr unterdrückten Unbehagens über eine vermeintlich aufgezwungene Toleranz. Radikalliberalen gilt er dagegen als mutiger Kämpfer für eine säkulare Gesellschaft und als Märtyrer der Meinungsfreiheit. In ihrer Eindimensionalität werden diese Deutungen dem Phänomen Wilders jedoch selten gerecht - und noch weniger der gesellschaftlichen Grundlage, deren Komplexität der platten Rhetorik leicht zum Opfer fällt.

In den Niederlanden ist Wilders ein Vertreter jenes konservativen Backlash, der im vergangenen Jahrzehnt einen tiefgreifenden Umbruch bewirkte. Politiker wie Pim Fortuyn, Ayaan Hirsi Ali und Rita Verdonk rechneten in drastischen Worten mit der in ihren Augen gescheiterten Integration im einstigen Musterland der Toleranz ab. Einwanderungsbegrenzung steht seit jeher auf der Agenda dieser Strömung, ebenso wie die Unvereinbarkeit von Islam und westlicher Demokratie und eine rabiate Opposition zum sorgsam gepflegten Feindbild der politischen Elite. Seit den Wahlen von 2006, die der

PVV aus dem Stand neun Sitze brachten, ist Wilders der politische Alleinerbe des zur Ikone erhobenen Pim Fortuyn, um dessen Nachlass sich zuvor vier Parteien stritten. Konsensfähig ist er spätestens, seit er 2005 gegen die EU-Verfassung agitierte und zu einem der Gesichter ihrer Ablehnung in den Niederlanden wurde.

Wilders Aufstieg zum Popstar der Islamkritik ist charakteristisch für einen Diskurs, in dem Personalisierung Argumente verdrängt.

Wilders, 1963 im limburgischen Venlo geboren, ist allerdings keinesfalls die dritte Generation dieser Strömung, sondern eher ein Vorläufer, der sich mit einiger Verspätung zu ihrem Protagonisten aufschwang. Schon ab 1998 saß er für die rechtsliberale „Volkspartij voor Vrijheid en Democratie“ (VVD) im Parlament und trat dort als Fortuynist avant la lettre in Erscheinung, der gegen Einwanderung und Muslime vom Leder zog und vor der Gefahr des islamischen Fundamentalismus warnte. Dieselbe Agenda, die er nach seinem Austritt aus der VVD zunächst als Ein-Mann-Fraktion sowie seit 2005 mit der neu gegründeten PVV verfolgte.

Nichts illustriert den gesellschaftlichen Wandel in den Niederlanden



besser als die Zustimmung zu diesen Standpunkten. Vor dem 11. September 2001 galt Wilders als abenteuerlicher Hardliner, der wenig ernst genommen wurde. Inzwischen führt die PVV mit rund 20 Prozent die Umfragen an. Nicht nur die Anschläge auf das World Trade Center, auch das politische Klima der Niederlande mit den Morden an Fortuyn und Theo van Gogh verschafften Wilders Zulauf. Die Bedrohung durch islamischen Fundamentalismus verkörpert er nicht zuletzt selbst, steht er doch seit 2004 unter ständigem Personenschutz. Gerade in den letzten Jahren rückten Muslime zunehmend in den Fokus der Auseinandersetzung um Einwanderung und Integration. In Wechselwirkung mit den Morddrohungen, die Islamisten immer gewohnheitsmäßiger gegen ihn aussprachen, heizten Wilders' Statements das ohnehin angespannte Klima an. Wilders stieg dabei zur politischen Reizfigur auf, die die Niederländer verehren oder verabscheuen.

Inzwischen dominiert das Thema Islam auch den politischen Diskurs in anderen Ländern: Dänemark, Deutschland, die Schweiz mit ihrer Abstimmung zum Minarettverbot oder Frankreich, wo das von der Pariser Regierung forcierte landesweite Brainstorming zur nationalen Identität innerhalb kürzester Zeit zur Islamdebatte mutierte. Die Niederlande stehen angesichts ihres spezifischen Eskalationspotenzials schon länger im internationalen Blickfeld. Daher auch die enorme Beachtung, die Wilders vor zwei Jahren mit seinem viertelstündigen „Islam-Film“ erreichte. In den Niederlanden legte sich nach den ausgebliebenen Krawallen die Aufregung erstaunlich schnell. Außerhalb jedoch rückte der Film Wilders nachhaltig in den Blick. Auf Einladung konservativer Abgeordneter und islamkritischer Organisationen präsentierte er „Fitna“ in Italien, den USA, Kanada, Israel sowie nach gerichtlicher Intervention in England. Dass die Londoner Regierung Wilders Anfang 2009 aus Angst vor Ausschreitungen zunächst die Einreise verweigerte, schien sein Eintreten für die Meinungsfreiheit nur zu unterstreichen.

Entsprechend dieses internationalen Renommées weist Wilders' Website ihn als „Dutch Freedom Fighter“ aus. Diese Bezeichnung lässt außer acht, dass sein Freiheitsbegriff ein selektiver ist. Während die Meinungsfreiheit zu seiner Mission geworden ist, siedelt er die Ziele der Bewegung, für die er steht, anders an. Wilders hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass Zuwanderungsbeschränkung für ihn das Mittel ist, den radikalen Islam zu bekämpfen. „Zig Millionen Muslime“ will er zu diesem Zweck aus Europa ausweisen. „Die Grenzen

zu für alle nicht-westlichen Ausländer“, forderte er schon vor Jahren. Auch äußerte er seine Sorge darüber, „was in die Niederlande kommt und sich hier fortpflanzt“. Noch im letzten Herbst startete die PVV eine Initiative, die „Kosten der Massenimmigration“ zu berechnen. Auf der gleichnamigen Website rief sie die Bürger auf, Beispiele zu posten, die belegen, dass Einwanderung Geldverschwendung sei.

Es sind Vorschläge wie dieser, die Wilders den Ruf eines Rassisten einbringen. Er selbst bestreitet das im Übrigen vehement, ebenso wie er beteuert, er habe nichts gegen Muslime, nur gegen deren Religion. Fakt ist indes, dass er sich mit seinem Konzept von „Kultur“ in eindeutiges Fahrwasser begibt. „Jeder passt sich an unsere dominante Kultur an“, fordert Wilders,

und warnt gleichsam vor dem „Tsunami einer uns wesensfremden Kultur“. Ein monolithisches, homogenes Konzept ist das: der Westen gegen den Islam. Differenzierungen sind da nicht vorgesehen. „Einen gemäßigten Islam gibt es nicht, weil es keinen Unterschied gibt zwischen gutem und schlechtem Islam.“ In dieser Logik bezieht sich Wilders auch auf das „jüdisch-christliche Erbe“, das er dem Islam entgegengesetzt. Dass die Freiheiten westlicher Gesellschaften zumal den christlichen Kirchen in Jahrhunderten abgetrotzt wurden, übersieht der bekennende Atheist geflissentlich.

Wilders' argumentative Nähe zur identitären Rechten, die sich in ganz Europa zunehmend der Bekämpfung der vermeintlichen Islamisierung verschrieben hat, ist unbestritten. Viele seiner linken Kritiker wiederum las-

sen sich von solchen kulturellen Dominanzansprüchen nur allzu leicht darüber hinwegtäuschen, dass solche auf reaktionär-islamischer Seite ebenfalls gehegt werden - und sich dazu überaus militant artikulieren. Ob Wilders' Eintreten gegen Antisemitismus oder sein Bezug auf die Rechte von Frauen und Homosexuellen nur zur Tarnung seines Kultur-Chauvinismus dienen, wird im Endeffekt nur er alleine wissen. Dass diese vom politischen Islam zur Disposition gestellt werden, ist ungeachtet dessen eine Tatsache. Ebenso wie eine europäische Immigrationspolitik, die längst begonnen hat, Wilders' markige Worte umzusetzen.

Tobias Müller berichtet für die worxx aus den Niederlanden und aus Belgien.

RECRUTEMENTS AUPRES DE L'ETAT

LE MINISTÈRE DE LA FONCTION PUBLIQUE ET DE LA RÉFORME ADMINISTRATIVE ORGANISERA AU COURS DU MOIS DE FÉVRIER 2010 UN EXAMEN-CONCOURS PAR VOIE DE RECRUTEMENT EXTERNE.

TECHNICIEN DIPLOMÉ M/F

Relevé des vacances de poste:

3 Administration de la Navigation aérienne – Service du Contrôle de la Circulation aérienne (Fluglotse)

Diplôme requis: Les candidat(e)s pour la carrière du technicien diplômé doivent être détenteurs soit du diplôme luxembourgeois de fin d'études secondaires, soit du diplôme luxembourgeois de fin d'études secondaires techniques, soit d'un certificat d'études reconnu équivalent.

DATE DE L'EXAMEN-CONCOURS:
jeudi, le 25 février 2010

DÉLAI D'INSCRIPTION:
vendredi, le 5 février 2010

RENSEIGNEMENTS SUPPLÉMENTAIRES:
247-83115, 247-83148, 247-83146

Pour tous les postes vacants la nationalité luxembourgeoise est requise.



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Fonction publique
et de la Réforme administrative

INFORMATIONS GÉNÉRALES COMMUNES

Les relevés pourront être modifiés ou complétés suite à des autorisations d'engagement supplémentaires et suite à des autorisations de remplacement de postes devenus vacants jusqu'à la date fixée pour l'affectation des candidats.

Les intéressé(e)s voudront adresser leur demande de participation au

Ministère de la Fonction publique
et de la Réforme administrative
Recrutement - Fonctionnaires
63, avenue de la Liberté
B.P. 1807
L-1018 Luxembourg

La demande de participation doit obligatoirement être accompagnée

1. du numéro matricule national complet de 11 chiffres
2. d'un extrait de l'acte de naissance
3. d'une copie de la carte d'identité ou du passeport
4. d'une copie du/des diplômes et/ou certificats requis
5. d'un extrait du casier judiciaire datant de moins de deux mois
6. d'un Curriculum Vitae – le formulaire prescrit est disponible sur le site internet www.fonction-publique.public.lu

Les candidatures incomplètes ne seront pas prises en compte.

Le Ministère fera parvenir aux candidat(e)s, après réception de leur demande, le programme détaillé de l'examen-concours.

Les épreuves préliminaires à l'examen-concours en vue du contrôle de la connaissance des langues luxembourgeoise, allemande et française auront lieu entre le 8 et le 12 février 2010 (uniquement pour les candidat(e)s qui présentent un certificat de fin d'études étranger).

(Communiqué par le Ministère de la Fonction publique et de la Réforme administrative)

www.fonction-publique.public.lu